

System maßgeblichen Einfluss auf die Erscheinungsweise der entsprechenden musealen Präsentationen nimmt. In fast allen untersuchten Fällen werden die Museen mit ihren Ausstellungen in den Dienst des *nation building* gestellt, mussten sich doch die jeweiligen Staaten nach den politischen Veränderungen von 1989–1991 erst wieder neu als Nation formieren. In sämtlichen untersuchten Ländern (mit Ausnahme Serbiens) sind Museen, die sich mit der kommunistischen Vergangenheit beschäftigen – zumindest auf der Ebene der großen, „offiziellen“ Häuser –, dezidierte Antikommunismus-Museen, die den Kommunismus als ein dämonisiertes Gegenbild zum derzeit herrschenden politischen System darstellen, wobei sie dazu tendieren, das Leben in der kommunistischen Gesellschaft als Ganzes zu diskreditieren. Je nach politischer Ausrichtung der aktuellen Regierung wird der Kommunismus als konträr zu Freiheit und Demokratie oder auch als konträr zur Nation gedeutet.

Häufig gehen museale Darstellungen von Faschismus und Kommunismus mit national, gelegentlich auch religiös grundierten Narrativen einher, die eine Tendenz zur Selbstviktimisierung bei gleichzeitiger Ausblendung der Verstrickung der eigenen Bevölkerung in die beiden Systeme erkennen lassen. Dieser besonders in staatlichen Museen anzutreffenden Konzentration auf das „Diktaturgedächtnis“, welches auf die Darstellung von Unterdrückung und Verfolgung ausgerichtet ist, steht in vielen privaten Museen eine Fokussierung auf das „Arrangementgedächtnis“ gegenüber, das sich primär auf das Alltagsleben der Menschen und das Sich-Arrangieren mit einem nicht ausschließlich als negativ erinnerten System bezieht. Dabei neigt diese Form des Gedächtnisses indes dazu, den Aspekt der staatlichen Repressionen zu bagatellisieren. Darüber hinaus zeigt der Band – wenn auch mehr implizit als explizit – einmal mehr die Komplexität und Herausforderungen, die sich beim Ausstellen zeithistorischer Themen ergeben, allein auf Grund des Umstands, dass die persönlichen Erfahrungen noch lebender Menschen tangiert werden, welche naturgemäß unterschiedliche Erinnerungen, Interpretationen und Agenden haben. Dies führt in demokratischen Gesellschaften unweigerlich zu einem Ringen um die Deutungshoheit. Museen sind jedoch Orte, an denen sich diese verschiedenen, einander oft zuwiderlaufenden Perspektiven nur bedingt darstellen lassen, sind sie doch zu Generalisierungen, zu Selektion und Reduktion gezwungen.

Sowohl die Erinnerung an Faschismus und Kommunismus im östlichen Europa im Allgemeinen als auch deren museale Repräsentationen im Besonderen sind bereits vielfach Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen geworden. Der Band *Occupation and Communism in Eastern European Museums. Re-Visualizing the Recent Past* leistet insofern einen bedeutenden Beitrag zu dieser Forschung, als er eine aktuelle, freilich gezwungenermaßen fragmentarische Bestandsaufnahme dieses dynamischen Feldes bietet und dabei vor allem auch in erhellender Weise die bereits erwähnten transnationalen Muster erkennen lässt.

Würzburg

Stefanie Menke

Frances Millard: Transitional Justice in Poland. Memory and the Politics of the Past. I. B. Tauris. London u. a. 2021. XIV, 256 S. 978-0-7556-0133-2. (€ 85,-)

Frances Millard ist emeritierte Professorin am Department of Government an der Universität von Essex in Colchester und Mitglied des dortigen Human Rights Centre. Als aufmerksame Beobachterin der politischen Entwicklungen in Ostmitteleuropa hat sich die britische Wissenschaftlerin nun in einer zeitgeschichtlichen Studie mit der postkommunistischen Vergangenheitsbewältigung in Polen eingehend auseinandergesetzt. Dabei gilt ihr Interesse vor allem deren Verfahrensweisen und dem behördlichen Instrumentarium. Nach 1989 stand Polen vor großen Herausforderungen, die M. eingangs in folgende Fragen kleidet: Wie konnte es nach der Erfahrung von rund vier Jahrzehnten kommunistischer Herrschaft und Verbrechen gelingen, gesellschaftlichen Frieden zu stiften? Und wie sollten die Verantwortlichen für den Unterdrückungsapparat bestraft, wie dessen Opfer an-

erkannt und gewürdigt werden? Es geht hier also um den vergangenheitspolitischen Umgang mit der Volksrepublik Polen.

Nach einem einführenden Kapitel bietet M. einen Überblick über die Politik der Vergangenheitsbewältigung zwischen 1989 und 2015, die dann in den folgenden Kapiteln gründlicher geschildert wird. Zunächst gab es erste Ermittlungen und eine neue Personalpolitik, zu Unrecht Verurteilte wurden rehabilitiert und Entschädigungen zugesprochen. In Kap. 4 geht es dann um den juristischen Umgang mit in der kommunistischen Zeit verübten politischen Verbrechen. Sodann stehen die Rückerstattungen verstaatlichten Eigentums im Mittelpunkt. Abgeschlossen sind sie bis heute nicht. Problematisch ist insbesondere der Umgang mit den im Kommunismus oft verstaatlichten Besitztümern der vor dem Krieg in Polen beheimateten jüdischen Bevölkerung. Der Rückerstattung institutionellen Besitzes steht entgegen, dass im heutigen Polen nurmehr eine sehr kleine jüdische Bevölkerungsgruppe, eine große Anzahl von Familienangehörigen und Nachfahren aber im Ausland lebt. Wer als Erbe oder Erbin jüdischer Vorfahren aus Polen sich um Rückerstattung bemüht, wird auf den Gerichtsweg verwiesen.

In Kap. 6 betrachtet M. die verschiedenen Stadien der polnischen Lustrationspolitik. Sie sollte dazu dienen, Mitarbeiter und Informanten des Staatssicherheitsapparats aufzudecken und auf diese Weise ihre Teilhabe am öffentlichen Leben zu beschränken oder gar zu unterbinden. Angesichts des Wechsels bei den mal linken/linksliberalen, mal rechtsnationalistischen Regierungsmehrheiten ab 2005 ging es hier freilich weniger um einen die Auseinandersetzungen in der Gesellschaft befriedenden Bereinigungsprozess als vielmehr um (partei)politische Zwecke. Das Institut für das Nationale Gedenken (Instytut Pamięci Narodowej, IPN) wurde mit der Durchführung solcher Überprüfungen betraut. Diese zeitigten nur dürftige Ergebnisse: Zu den negativen Folgen der unzulänglichen Lustrationspolitik zählten rufschädigende falsche Anschuldigungen, die schon ausreichten, um Personen des öffentlichen Lebens zum Rücktritt zu zwingen; wer sich aus gutem Grund zur Wehr setzte, brauchte oft Jahre, bis Verfahren abgeschlossen waren, die mit der Entlastung und dem Freispruch der zuvor medienwirksam Beschuldigten führten.

Unter der Überschrift „Geschichte und Erinnerung“ widmet M. dem IPN Kap. 8. Die rechtsnationale Regierung der Partei PiS nutzte das IPN durchweg als Mittel einer von ihr beförderten „ideologisierten“ Geschichtspolitik (S. 137). Die Vf. kritisiert dies mit deutlichen Worten: „PiS used the language of justice to redefine history as an instrument of state policy, intended not only to govern the writing of history but to shape the collective memory, inculcate patriotism and so mould national identity“ (S. 143).

Eine wichtige Rolle bei der Vergangenheitsbewältigung spielt auch das Verfassungsgericht (*Trybunał Konstytucyjny*), nun allerdings in einem unrühmlichen Sinn. Seit der abermaligen Regierungsübernahme durch die PiS hat es sich in ein „willfähiges Werkzeug der herrschenden Partei“ verwandelt (S. 145). In Kap. 10. geht die Vf. unter der Überschrift „From transitional justice to social engineering“ noch einmal auf diese Fehlentwicklung ein. International ist besonders das Holocaust-Gesetz von 2018 auf Kritik gestoßen, mit dem Forschungsanstrengungen unterbunden werden sollten, deren Ergebnisse den von PiS gehegten und geförderten „patriotischen“ Überzeugungen zuwiderlaufen könnten. Die seit den 1980er Jahren mühsam in Gang gekommene mutige Aufarbeitung auch der Schattenseiten des einheimischen Nationalismus wird weit zurückgeworfen, wenn – wie der kanadische (und in Warschau geborene) Historiker Jan Grabowski monierte – die Regierung und die ihr unterstehenden Behörden und ihr nahestehenden Vereinigungen alles unternehmen, um „den von Staats wegen geheiligten Mythos von der Unschuld der polnischen Nation zu hüten“ (S. 174).

M. ist ihren Forschungsgegenstand mit hohem Aufwand, mit viel Umsicht und Akribie angegangen, und sie hat zahllose polnische Veröffentlichungen einbezogen; ein Register hilft dabei, sich über bestimmte Aspekte des Inhalts rasch zu orientieren. Am Ende betrachtet die Vf. die umstrittene Lustrationspolitik der von Jarosław Kaczyński angeführten PiS-Regierung und die Vergangenheitspolitik ihrer gleichgesinnten Nachfolgerinnen ein-

mal mehr äußerst kritisch. Indem sie die Vergangenheitspolitik instrumentalisierten, hätten sie den Rechtsstaat unterminiert und die polnische Demokratie nach illiberalen Vorstellungen der PiS umgestaltet.

Ihrer abschließenden Bewertung lässt sich kaum widersprechen: Es sei eine tragische Entwicklung gewesen für ein Land, das noch in den 1990er Jahren als ein „Leuchtfener gelungener Demokratisierung“ angesehen wurde (S. 183). Es bleibt zu hoffen, dass M.s mahnende Worte bald auch in polnischer Übersetzung zugänglich sein werden. Sie werden ihren Teil dazu beitragen, wenn die Forschung einst klären möchte, was in der polnischen Politik seit 2005 so gehörig schief gelaufen ist. Darüber mehr zu erfahren, wäre nicht nur für die Polen und ihre direkten Nachbarn, sondern für alle Menschen in Europa von Bedeutung.

Marburg

Klaus-Peter Friedrich